

Bundesministerium für Digitales und Verkehr  
Referat G 10 – Grundsatzangelegenheiten,  
Finanz- und Wettbewerbspolitik  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin

Ansprechpartner:

Political Advisor Transport & Climate Change

Marienstraße 19/20  
10117 Berlin

26. April 2023

## Greenpeace Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich

Sehr geehrte Damen und Herren,

Greenpeace kommentiert sehr gerne den Gesetzentwurf zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich. Wir möchten Sie jedoch darauf hinweisen, dass es knappe Fristen schwierig machen, sich an einem solchen Verfahren angemessen zu beteiligen und bitten Sie, bei zukünftigen Verfahren eine Frist von mindestens zwei Wochen einzuplanen.

Greenpeace begrüßt die Beschleunigung von Planungsverfahren für den Bereich Schieneninfrastruktur, hält aber eine Beschleunigung bei Straßenbauprojekten für völlig ungeeignet. Ein überragendes öffentliches Interesse sollten nur Projekte von existentieller Bedeutung erhalten. Autobahnprojekte, die durch zusätzliche CO<sub>2</sub>-Emissionen und der Zerstörung von Naturräumen, die Klimakrise und das Artensterben weiter beschleunigen, sind grundsätzlich nicht unter überragendes öffentliches Interesse zu stellen. Außerdem binden diese Ausbauprojekte wichtige Planungs- und Baukapazitäten, die dringend für die Schiene benötigt werden.

### **Klimaschutz: Verkehrsströme von Straße auf Schiene verlagern**

Bei allen Mobilitätsszenarien die den Verkehrssektor im Rahmen eines 1,5°C kompatiblen Kohlenstoffbudgets transformieren ist die Verlagerung von Verkehren von der Straße auf die deutlich effizientere Schiene ein zentraler Hebel zur Senkung von Emissionen. Um dies und auch die von der Bundesregierung selbst gesteckten Ziele, nämlich den Schienengüterverkehr bis 2030 auf 25 Prozent steigern und die Verkehrsleistung im Personenverkehr zu verdoppeln,

Spendenkonto: GLS Bank, BIC GENODEM1GLS, IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01  
Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.  
Alle Informationen zum Datenschutz finden Sie auf [www.greenpeace.de/datenschutz](http://www.greenpeace.de/datenschutz).

zu erreichen, braucht es einen massiven Ausbau der Schieneninfrastruktur - jedoch keinen weiteren Ausbau des ohnehin schon sehr dichten Straßennetzes.

### **Schieneninfrastruktur nicht fit für die Verkehrswende**

Die Bahn hat aufgrund von Versäumnissen der Vergangenheit schon heute massive Defizite, die aufgeholt werden müssen. Das Schienennetz ist vielerorts an der Kapazitätsgrenze und das Netz nicht fit für die Verkehrswende. Für den Deutschlandtakt müssen schnell zahlreiche Aus- und Neubauprojekte angegangen werden. Weitere Verzögerungen können nicht mehr geduldet werden, sonst ist das Ziel der Bundesregierung, die Zahl der Fahrgäste bis 2030 zu verdoppeln und den Schienengüterverkehr auf 25% zu steigern, nicht mehr erreichbar. Neben zusätzlichen Investitionsmittel und zusätzlichen Planungskapazitäten ist es auch notwendig die Planungsprozesse für den Ausbau der Schieneninfrastruktur zu beschleunigen.

### **Klimazerstörung durch Autobahnaus- und und Neubau bei der Erstellung des BVWP unzureichend berücksichtigt**

Deutschland hat mit über 13.0000 Kilometern Autobahn und knapp 38.000 Kilometern Bundesstraßen eines der dichtesten Fernstraßennetze der Welt. Weiterer Neu- und Ausbau dieses Netzes ist nicht nur unnötig, sondern verhindert die Verkehrswende, beschädigt wertvolle Naturräume und erzeugt zusätzliche Treibhausgasemissionen.

Treibhausgasemissionen entstehen durch den Bau selbst, die Zerstörung natürlicher Senken für den Bau (Wiesen, Wälder, Moore) und Emissionen durch induzierte Verkehre. Eine Analyse, die Greenpeace zusammen mit dem BUND durchgeführt hat, zeigt, dass der Umweltbericht zum Bundesverkehrswegeplan Klimaschäden systematisch verharmlost. Die Auswertung der einzelnen Projektdossiers der Straßenbauvorhaben zeigt, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen mindestens doppelt so hoch wie angegeben sind. Zudem werden die Emissionen durch die Zerstörung von Wäldern und Mooren sowie induzierter Lkw-Verkehr und die daraus resultierenden CO<sub>2</sub>-Emissionen ignoriert.

Auch wenn es sich bei den Autobahnprojekten zur Planungsbeschleunigung "lediglich" um Ausbauprojekte zur vermeintlichen Engpassbeseitigung handelt, muss davon ausgegangen werden, dass diese Projekte zusätzlich Verkehre und somit zusätzliche CO<sub>2</sub>-Emissionen generieren. Eine Greenpeace-Analyse von TomTom Daten für vergleichbare Autobahnausbauprojekten zur Beseitigung von Engpässen bestätigt auch für Deutschland, was Verkehrsplaner:innen schon seit langem wissen: Neue Fahrspuren produzieren zusätzlichen Verkehr und somit zusätzliche Emissionen. Bestenfalls verschieben Ausbauprojekte den Stau an vorgelagerte Straßenabschnitte, schlimmstenfalls ist auch der ausgebaute Abschnitt nach kurzer Zeit von noch stärkeren Staus betroffen. Zudem zerstören oder beeinträchtigen auch diese Engpassprojekte wertvolle Naturräume.

### **Ersatzneubauten mit Kapazitätserweiterung**

Greenpeace unterstützt es, schnellstmöglich die 4.000 marode Brücken in Deutschland zu sanieren. Angesichts des Sanierungsrückstandes halten wir es auch für sinnvoll, die Verfahren zu vereinfachen. Allerdings sollten diese Vereinfachungen nicht dazu führen, den klimapolitisch verfehlten Ausbau von Straßen weiter voranzutreiben. Die geplante Streichung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Planfeststellung für den Ersatzneubau von Brücken

mit Ausbaumaßnahmen erhöht jedoch die Gefahr einer faktischen Vorwegnahme späterer Planungsentscheidungen über Ausbauvorhaben erheblich und fördert so den weiteren klimaschädlichen Bau von Straßen. Dies sollte nicht ins Gesetz übernommen werden.

### **Beschleunigungseffekte fragwürdig**

Entsprechend seiner Begründung soll der Gesetzesentwurf unter anderem die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Straßenbauvorhaben bewirken. Selbst wenn man dies für sinnvoll erachtet würde - Greenpeace tut dies nicht - geht mit der Aufwertung der Straßenbauprojekte zum überragenden öffentlichen Interesse, keine verfahrensrechtliche Vereinfachung einher, die substantielle Zeitersparnisse bringen könnte. Die Wirkung der Regel ist eine materiell-rechtliche und besteht in der gesetzlichen Aufwertung des öffentlichen Interesses am (Aus-)Bau der jeweiligen Fernstraße für die allgemeine planerische Abwägung mit anderen betroffenen Belangen. Das Interesse am Straßenbau lässt sich so in der planerischen Abwägung besser gegen entgegenstehende private und öffentliche Belange durchzusetzen. Die Regelung kommt also vor allem dann zum Tragen, wenn einem Vorhaben öffentliche oder private Belange von einigem Gewicht entgegenstehen. Das ist beim Straßenbau angesichts seiner klima- und umweltschädlichen Wirkung und einer fortschreitenden Klimakrise insbesondere der verfassungsrechtlich anerkannte Belang des Klimaschutzes. Fernstraßenprojekte sollten deshalb nicht unter überragendes öffentliches Interesse gestellt werden, insbesondere dann nicht, wenn eine umfassende Überprüfung der klimaschädlichen Effekte dieser Projekte bisher ausgeblieben ist.

In der Gesamtschau wird sich auch keine reale Beschleunigung einstellen, wenn Projekte über alle Verkehrsträger hinweg unter überragendes öffentliches Interesse gestellt werden. Autobahnaus- und -neubauprojekte binden knappe Haushaltsmittel und Planungskapazitäten, die viel dringender für den Ausbau des Schienennetzes benötigt würden. Allein für die 148 Ausbauprojekte, für die eine Beschleunigung im Raum steht, werden Kosten von ca 30 Milliarden Euro veranschlagt.

### **Aus- und Neubau von Autobahnen gefährdet öffentliche Sicherheit**

Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass der Ausbau der im Anhang genannten Fernstraßenprojekte im überragenden öffentlichen Interesse liegen sollen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Dies ist nicht der Fall. Der Ausbau erneuerbaren Energien dient der Abwehr existenzieller Krisen und Bedrohungslagen durch die Klimakrise und Versorgungsengpässe infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Auch der Ausbau der Bahninfrastruktur dient der Reduktion von Emissionen aus dem Verkehrssektor und somit Abwendung bzw. Abmilderung der Klimakrise und der mit ihr einhergehenden Bedrohungslagen. Dies ist bei Fernstraßenprojekten nicht gegeben. Die zur Beschleunigung vorgesehenen Fernstraßenprojekte sollen lediglich die Flüssigkeit des motorisierten Straßenverkehrs verbessern. Aber nicht mal dies lässt sich - wie die bereits genannte Greenpeace Analyse von Ausbauprojekten ergeben hat - sicher erreichen. Angesichts eines, der weltweit dichtesten Fernstraßennetze, bestehen jedenfalls keine Engpässe aufgrund derer eine existenzielle Bedrohung oder erhebliche Einschränkung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten wäre.

Durch die direkten und indirekten Treibhausgasemissionen, die die Projekte verursachen, tragen sie jedoch dazu bei, dass klimawandelbedingte Extremwetterereignisse (Starkregen-Ereignisse wie im Ahrtal, Waldbrände etc.) wahrscheinlicher werden, durch die erhebliche wirtschaftliche Schäden und Gefahr für Leib und Leben zu erwarten sind. Der Aus- und Neubau von Autobahnen dient also nicht der Aufrechterhaltung, sondern gefährdet mittel- und langfristig die öffentliche Sicherheit Deutschlands.

### **Überprüfung und Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans**

Greenpeace spricht sich mit Nachdruck dafür aus, die Beschleunigung von Autobahnaus- und Neubauprojekten aus dem Gesetzesentwurf zu streichen. Stattdessen sollte das Bundesministerium für Digitales und Verkehr umgehend eine Überprüfung der Fernstraßenaus- und Neubauprojekte auf Basis umfassender und wissenschaftlicher fundierter Klimaschutzkriterien im Einklang mit dem 1,5°C Ziel auf den Weg bringen und den Bundesverkehrswegeplan entsprechend anpassen. Die Planung von Verkehrsinfrastruktur darf nicht weiter auf Basis einfacher Trendfortschreibungen geschehen. Es muss ein klares Zielbild für die Infrastruktur definiert werden, das im Einklang mit den nunmehr verfassungsrechtlichen abgesicherten Klimaschutzverpflichtungen des Bundes steht.

Falls Sie Rückfragen haben, stehen wir Ihnen gerne für ein Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

